

87  
72

Schriften  
der Hochschule für Politik  
Herausgegeben von  
Paul Meier-Benedekstein

Professor Rudolf Jung

Böhmen  
und das Reich

Die deutsch-tschechische Frage

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

# Schriften der Hochschule für Politik

Herausgegeben von PAUL MEIER-BENNECKENSTEIN

Präsident der Hochschule für Politik

---

Die in der Hochschule für Politik von führenden Politikern und Wissenschaftlern gehaltenen Sondervorträge, die alle Gebiete der nationalsozialistischen Weltanschauung und Politik, wie Staats- und Kulturphilosophie, Rassenkunde und Rassenpflege, Rechts- und Staatslehre, Innenpolitik, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Wehrpolitik, Außenpolitik und besondere Gebiete der Gesamtpolitik umfassen, werden in der vorliegenden Schriftenreihe fortlaufend veröffentlicht werden.

Die Schriften werden dem Wissenschaftler, dem politischen Führer im neuen Deutschland sowie jedem politisch Interessierten die wissenschaftlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung und das Verständnis für die Maßnahmen der Regierung Adolf Hitlers vermitteln.

Der weiteren Durchdringung des deutschen Volkes mit nationalsozialistischem Gedankengut und der Erziehung im Geist der Volksgemeinschaft sollen die Schriften der Hochschule für Politik dienen.

In die Reihe werden auch Vorträge aufgenommen, die auf dem im Sommer 1934 gegründeten Lehrstuhl der Akademie für Deutsches Recht an der Hochschule für Politik gehalten werden.

Neben den Sondervorträgen, die „Idee und Gestalt des Nationalsozialismus“ zur Darstellung bringen, wird in einer 2. Abteilung „Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches“ behandelt werden. Jedes Heft dieser Gruppe wird über die weltanschaulichen und politischen Aufgaben, die erzielten Erfolge und den inneren Aufbau einer der großen Organisationen der Partei und des Staates berichten.

---

Preis je 20 Kpf. Bei Abnahme von 50 Stück eines Heftes an 75 Kpf., von 100 Stück an 70 Kpf., von 500 Stück an 65 Kpf., von 1000 Stück an 60 Kpf., von 3000 Stück an 55 Kpf., von 5000 Stück an 50 Kpf. je Heft.

Bei Abnahme von 20 aufeinanderfolgenden Heften einer der beiden Unterabteilungen der Reihe 10% Ermäßigung.

---

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

**Schriften der Hochschule für Politik**  
**Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein**

**I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus**

**Heft 36**

**Rudolf Jung**  
**Böhmen und das Reich**



# Böhmen und das Reich

Die deutsch-tschechische Frage

Von

Dipl.-Ing. Rudolf Jung

Professor, SS-Oberführer

1938

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Copyright 1938 by Junfer und Dünnhaupt Verlag, Berlin. Printed in Germany.

Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünnhaupt K.-G., Dessau.

Nachstehende Ausführungen fußen auf einem Vortrag, welchen der Verfasser am 18. Mai 1938 an der Hochschule für Politik, Berlin, gehalten hat.

Am 28. Oktober 1918 wurde auf dem Wenzelsplatz in Prag der tschechoslowakische Staat ausgerufen. Den Titel „Tschechoslowakische Republik“ nahm er erst in den Novembertagen 1918 nach dem Thronverzicht des Kaisers Karl an.

Vorausgegangen war das Manifest Karls vom 16. Oktober 1918, das der schon in Auflösung begriffenen Monarchie schleunigst den Rest gab. In diesem hieß es:

„Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten...“

Wie ersichtlich, sollte ein Teil Österreichs von vornherein aus dem Reichsverband ausscheiden; der Rest jedoch sollte keine vollkommene Neugestaltung erfahren, da das Königreich Ungarn von dieser unberührt zu bleiben hatte. Unterdessen hatten jedoch die Völker Österreich-Ungarns Reißaus genommen; in erster Reihe die Ungarn selbst. Auch die Südslawen ließen sich nicht halten. Den Deutschen Österreichs wäre schließlich die undankbare Aufgabe zugefallen, als einzige ein Herrscherhaus zu erdulden, das gerade von deutscher Seite keinerlei Förderung verdiente.

Im September 1918 hatten die Alliierten das tschechische Volk als kriegführende Macht anerkannt. Die Bildung des neuen Staates erfolgte im Ausland schon am 14. Oktober 1918; Dr. Masaryk, Dr. Benesch und der Slowake Dr. Stefanik bildeten seine erste Regierung.

Ein tragisches Geschick ereilte den ersten tschechischen Kriegsminister Stefanik, als er in einem italienischen Flugzeug in der slowakischen Hauptstadt Preßburg landen wollte. Er stürzte als verkohlte Leiche mit dem brennenden Flugzeug zu Boden. Vermutlich haben eigene Soldaten das Flugzeug in der irrigen Meinung, es handle sich um ein ungarisches, heruntergeschossen. Die Staatsfarben sind bekanntlich die gleichen, nur in anderer Reihenfolge.

Die Tschechoslowakei ist gleich an drei Friedensdiktaten beteiligt, und zwar: St. Germain, Versailles und Trianon. Das erste betrifft die Sudetenländer, d. h. Böhmen, Mähren und das ehemalige Österreichisch-Schlesien. Sie werden die „Historischen Länder“ oder auch „Länder der Wenzelskrone“ genannt. Das zweite das vom Deutschen Reich abgetretene Zultschiner Ländchen, einen Teil des Gebiets von Ratibor. Das dritte endlich betrifft das ehemalige Nordungarn, heute Slowakei und Karpathenrußland, d. h. „Länder der Stefanskrone“.

Die Lage des Staates ist eine äußerst günstige. Besonders Böhmen liegt geradezu in der Mitte Europas, ist sein Kernland. Es ist denn auch kein Wunder, daß dieses Land im alten Deutschen Reiche eine große Rolle spielte und daß um seinen Besitz der Dreißigjährige Krieg ging.

War Böhmen einst Kernland des Reiches, so sollte die Tschechoslowakei dieses nicht stärken, sondern schwächen. Sie war als Damm gegen den Ausbreitungsdrang des deutschen Volkes oder, nach tschechischer Lesart, gegen die „pangermanische Gefahr“ gedacht. Seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehen wir die Tschechen bereits als Verbündete Rußlands und Frankreichs und es entstehen die großslawischen Pläne. Rußland ist das „slawische Mütterchen“, Moskau das Mekka der Slawen. Hauptverfechter des allslawischen Gedankens war der im Vorjahr verstorbene tschechische Politiker Dr. Karl Kramarsch, der in Altösterreich als Führer der größten tschechischen Partei, der Jungtschechen, eine bedeutende Rolle spielte. Seine Anschauungen faßte er Anfang Juni 1914 zusammen in dem Plan eines Allslawischen Reiches, den er dem damaligen Außenminister Rußlands, Sasonow, übermitteln ließ. Nach diesem Plan sollte das allslawische Reich unter der Vorherrschaft des Zaren von Rußland ein Bundesstaat aller Slawen Europas, seine Verfassung der Deutschen Bundesakte nachgeahmt sein. Der ganze östliche Teil des Deutschen Reiches wie auch Österreichs wäre genau so wie Böhmen und Mähren an dieses Reich ge-

fallen. Im Süden die Gebiete der Slowenen, Kroaten und Serben. Großböhmen wie auch Polen hätten unter russischen Großfürsten je ein Jartum innerhalb des großen Reiches gebildet; in Südeuropa wären die Könige von Serbien und Bulgariem Unterzaren des russischen Großzaren geworden. Nord- und Südflawen sollten durch einen Korridor verbunden sein, dessen Ausdehnung dem Burgenland entspricht. Auf diese Weise wäre das Deutsche Reich im Osten gewaltig verkleinert worden; Österreich sollte auf das spätere kleine Deutsch-Österreich, Ungarn auf seine heutige Ausdehnung beschränkt werden. Der burgenländische Korridor hätte Ungarn von Österreich und dem Reiche getrennt und seine Einkreisung vollendet. (Genauer Wortlaut in Jung: „Die Tschechen — Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf.“)

Aber damit nicht genug, schreibt der Panflawist Kramarsch:

„Das geschwächte Preußen wird nicht imstande sein, seine protestantische Hegemonie in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die Habsburger, die sich in Ober- und Niederösterreich, Nordsteiermark, Nordkärnten, Salzburg, Nord- und Mittel-tirol mit einer Bevölkerung von rund sieben Millionen katholischen Deutschen halten werden, werden von Europa bei der Errichtung eines deutsch-katholischen Reiches mit den süddeutschen Staaten, den westlichen Provinzen Preußens und dem Königreich Hannover, wohin die Cumberlander zurückkehren, unterstützt.“

Wie man sieht, hatte also Dr. Kramarsch nicht nur die Schwächung des Reiches, sondern seine vollständige Zerschlagung im Auge. Es sollte der Gegensatz Preußen—Österreich, Hohenzollern—Habsburg, Protestantismus—Katholizismus dauernd verewigt werden. Wahrlich, ein gefährlicher und großzügiger Plan! Seine Neuauflage sahen wir unter dem Regime Dollfuß und Schuschnigg in Österreich.

Auf einer ähnlichen Linie bewegen sich die Absichten eines gewissen Janusch (Hans) Kuffner. Zwar plant er nicht ein großflawisches Reich, weil damals — es ist die zweite Hälfte des Jahres 1917 — Rußland bereits aus dem Kriege ausscheidet; doch seine Zerstückelungspläne ähneln jenen des Dr. Kramarsch. Allerdings sieht er im Reich und in Österreich noch mehr Slawen wohnen als jener. Selbst Pommern und Mecklenburg, wie das ganze Gebiet der nördlichen Elbe und Weser, sind vor seinem Zugriff ebensowenig sicher wie das Gebiet nördlich der Donau. Das Deutsche Reich und Österreich sollen vollständig verschwin-

den; aus jenem wird eine „Deutsche Reservation“, aus diesem eine „Mittelmark“. Die Tschechen bemühten sich später, den Verfechter dieser Pläne als einen Narren hinzustellen. Aber das war nur solange möglich, als nicht die Pläne Masaryks und vor allem der Inhalt der amtlichen Denkschriften für die Friedenskonferenz bekanntgeworden waren. Sicherlich bestand zwischen Masaryk und Kramarsch ein gewisser Gegensatz. Masaryk wie sein Schüler Benesch sind Westler, während Kramarsch ganz dem slawischen Mystizismus huldigt. Aber in den Gebietsforderungen ist auch Masaryk keineswegs bescheiden, wie die Karte erweist, in welcher er im Jahre 1916 die Grenzen der Tschechoslowakei einzeichnete. (Siehe: Jung, „Die Tschechen — Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf.“) Er fordert außer dem Gebiet von Ratibor und der Grafschaft Glatz die ganze Lausitz vom Reiche. Von Osterreich die Gebiete von Gmünd und Feldsberg. Auch der burgenländische Korridor zur Verbindung mit den Südslawen kommt bei ihm vor.

Gehen wir schließlich zu den tschechischen Denkschriften an die Friedenskonferenz über, so sehen wir alle Gebietsforderungen Masaryks wieder auftauchen und noch ein wenig mehr. Es sind insgesamt elf Denkschriften, die die Tschechen der Friedenskonferenz unterbreiteten. Die erste enthält eine allgemeine Darstellung geschichtlich-philosophischen Inhalts über den Unterschied der Slawen und Germanen und vor allem über die Aufgaben und Verdienste der Tschechen, die hier allgemein „Tschechoslowaken“ genannt werden. Bemerkenswert ist in dieser Denkschrift vor allem der Hinweis, daß die geschichtliche Aufgabe der Tschechen (die stets Tschechoslowaken genannt werden) darin bestünde, „Todfeinde der Deutschen“ zu sein.

Von dieser Grundlage ausgehend, werden die Gebietsforderungen erhoben, die in den folgenden neun Denkschriften eingehend dargestellt und begründet sind. Die Denkschrift XI schließlich verlangt eine Beteiligung der Tschechoslowakei am Ersatz der Kriegsschäden und begründet diese Forderung mit dem Hinweis auf die Meutereien und das Überlaufen tschechischer Soldaten sowohl wie auf die im Hinterland geübte Sabotage der tschechischen Bevölkerung.

So entstand ein halb mitteleuropäischer, halb osteuropäischer Staat, mit verschiedenen Völkern, verschiedenartigen Kulturen und geschichtlichen Entwicklungen. Bei seiner Geburt standen als Paten das Selbstbestimmungsrecht, das historische Recht, strategische und wirtschaftliche Gründe, sowie „freier Entschluß“.

## Volkstums-Verhältnisse

Die Gesamtbevölkerung beträgt laut Volkszählung vom 31. 12. 1930: 14 479 565. Hiervon „Tschechoslowaken“ 9 688 770, d. s. 67 v. H. Man beachte den Hundertsatz. Er ergibt die Zweidrittelmehrheit. Und das ist auch der Grund für das Vorhandensein der „Tschechoslowaken“. Denn in Wirklichkeit gibt es ein derartiges Volk nicht, sondern Tschechen und Slowaken. Diese werden aber nicht getrennt gezählt, und man kann sie nur schätzen, indem man alle in den historischen Ländern lebenden „Tschechoslowaken“ als Tschechen und die in den Ländern der Stefanskronen wohnenden als Slowaken zählt. Diese Schätzung ist annähernd richtig. So gelangt man zu 7 406 493 Tschechen, d. s. 51,2 v. H. der Gesamtbevölkerung, während die Slowaken 2 282 277 Köpfe zählen. 51,2 v. H. sind für ein „demokratisches“ System, und auf diesem beruht ja angeblich die Tschechoslowakei, denn doch etwas zu knapp. Dies um so mehr, als die Geburtenüberschüsse der Tschechen im Absinken begriffen sind. Daher hat man sich zur Verstärkung den jüngeren und noch lebenskräftigeren slowakischen Bruder herangeholt, ohne ihn erst besonders zu fragen.

Deutsche gibt es in der Tschechoslowakei 3 231 688, d. s. 22,3 v. H. der Bevölkerung. Von ihnen leben 2 270 943 in Böhmen, 799 995 in Mähren-Schlesien, 147 501 in der Slowakei und 13 249 in Karpathenrußland. Die in den historischen Ländern lebenden Deutschen werden Sudetendeutsche genannt; die übrigen sind die Karpathendeutschen.

Die Madjaren (Ungarn) zählen 691 923, d. s. 4,8 v. H.; die Ruthenen (Ukrainer) 549 169, d. s. 3,8 v. H. Die Polen schließlich 81 737, d. s. 0,56 v. H.

Endlich gibt es hier wie überall auch Juden, die wir allerdings sowohl unter den Völkern wie unter den Religionsgemeinschaften suchen müssen. Die Gesamtzahl der Volljuden ergibt sich aus der Religionszählung mit 356 830, d. s. 2,46 v. H. Sie nennen sich „Israeliten“ und zählen sich wohl zum Teil zum Staatsvolk. Sind also „Tschechoslowaken“, wohl die einzigen wirklichen Tschechoslowaken. Als Nationsjuden bezeichnen sich 186 642, d. s. 1,3 v. H.

## Zweck des Staates

Der eingestandene Zweck des Staates ist Feindschaft gegen das Deutsche Reich und Ungarn. Der tschechische Geschichtsschreiber

Palacky bezeichnet als Sinn der tschechischen Geschichte den ständigen Kampf gegen das deutsche Volk. Ist das nach tschechischer Auffassung die Aufgabe Böhmens und der Tschechen, so verfolgt die Angliederung der Slowakei den Zweck der Schwächung Ungarns und des madjarischen Volkes. Wir beschäftigen uns lediglich mit der deutsch-tschechischen Frage, und so mag denn dieser kurze Hinweis auf Ungarn genügen. Die Denkschriften der tschechischen Friedensdelegation folgen der Auffassung Palackys. So heißt es in der Denkschrift I:

„Ihre (d. h. der Tschechen) allgemeine Lage machte aus ihnen notwendigerweise Todfeinde der Deutschen. Denn diese waren ja ihre Unterdrücker. Die Frage, ob sie es wollten oder nicht, braucht gar nicht gestellt zu werden; sie waren es durch die Macht der Tatsachen: es war ihre geschichtliche Aufgabe.“

In der Denkschrift III heißt es unter „Strategische Gründe“:

„In strategischer Hinsicht bildet Böhmen eine geographische Einheit, wunderbar geschützt von den Gebirgen, die es umgeben. Man nehme ihm diesen Gürtel natürlicher Festungen und man liefert es den Deutschen aus... Trennt man diese Gebiete von Böhmen ab, so setzt man Böhmen in seiner Gesamtheit der Begehrlichkeit der Deutschen aus und bereitet dem wirtschaftlichen und politischen Imperialismus der Deutschen ein neues Tätigkeitsfeld.“

Die Denkschrift XI endlich sagt:

„Die Mission der Tschechoslowakischen Republik in Mitteleuropa wird eine ganz besondere sein. Sie wird in enger Verbindung mit ihren verbündeten Nachbarn den wirtschaftlichen Drang der Deutschen nach Osten aufzuhalten haben.“

Dementsprechend lauteten auch die erhobenen Gebietsforderungen laut Denkschrift II:

1. Die drei Hauptländer der alten Krone Böhmens: Böhmen, Mähren und Schlesien;
2. Berichtigung der Grenzen Böhmens, Mährens und Schlesiens „auf Kosten Deutschlands und Osterreichs“;
3. die Slowakei, die „den Tschechen vor mehreren Jahrhunderten mit Gewalt entrissen, künstlich von Böhmen getrennt wurde“ und nun „auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“ zurückverlangt wird;
4. das ruthenische Gebiet Ungarns;
5. Verbindung des tschechischen Staates mit jenem der Südslawen (burgenländischer Korridor);

6. Internationalisierung der Elbe, Donau, Weichsel und der Eisenbahnlinien Preßburg—Triest, Preßburg—Fiume, Prag—Surth—Nürnberg—Straßburg;
- 7a) das Problem der tschechischen Bevölkerung Wiens, die „fast ein Viertel der Einwohnerschaft der ehemaligen Hauptstadt Österreichs darstellt“;
- 7b) die Frage der Lausitzer Wenden, „denen die Ausrottung von seiten der Deutschen droht“.
- Unter den Grenzberichtigungen nach 2. werden verlangt:
- a) Die Gegend von Glatz, die „einstmals vollkommen tschechisch war“;
- b) die Gegend von Ratibor;
- c) die Stadt Smünd und das Marchfeld in Niederösterreich;
- d) überdies noch „kleine Berichtigungen“ an der bayerischen und sächsischen Grenze und auch jener Preußisch-Schlesiens.
- Wir sehen also da einen sehr gesegneten Appetit.

### Innere und äußere Probleme

Dieser buntgemischte Staat, der zur Hälfte in Mitteleuropa liegt und hier das Kernland des alten Deutschen Reiches umfaßt, zur Hälfte nach Osteuropa hineinragt, von mehreren Völkern bewohnt wird, will ein „Nationalstaat“ sein. Er ist es nach Dr. Krofta, dem Historiker und gegenwärtigen Außenminister, wohl nicht seiner völkischen Zusammensetzung, jedoch „seiner Entstehung“ nach. Und zwar ein „Nationalstaat der Tschechoslowaken“. Als solchen bezeichnet ihn auch Präsident Benesch und bezeichnete ihn der verstorbene Altpräsident Dr. Masaryk. So reden überhaupt alle Tschechen. Anders allerdings die Slowaken. Selbst Ministerpräsident Dr. Hodscha, der der tschechischen Agrarpartei angehört, spricht nicht von einem Nationalstaat der Tschechoslowaken, sondern der Tschechen und Slowaken. In der Slowakei hört man den Ausdruck „Tschechoslowaken“ nicht gerne.

In Wirklichkeit sehen wir drei kulturell und zwei ihrer politischen Entwicklung nach abgegrenzte Gebiete, nämlich die sogen. historischen Länder oder Länder der Wenzelskrone — Böhmen und Mähren-Schlesien — die Slowakei und Karpathenrußland, welche beide zu den Ländern der Stefanskrone gehörten.

Dementsprechend gibt es eine Reihe außen- und innerpolitischer Probleme, die kurz folgendermaßen lauten:

- a) Ein tschechisch-ungarisches. Es betrifft die Slowakei und Karpathenrußland;

- b) ein tschechisch=polnisches. Es betrifft Ostschlesien oder das Teschener Gebiet;
- c) ein tschechisch=ruthenisches. Es betrifft Karpathenrußland, hinsichtlich dessen am 3. Oktober 1918 zu Scranton in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Art Vertrag abgeschlossen wurde. Der ruthenische Nationalrat beschloß nämlich den Anschluß dieses Gebietes als eines autonomen Gebietes an die werdende Tschechoslowakei. Die Ruthenen in der Heimat allerdings wurden darüber nicht befragt und wußten auch nichts davon. Erst am 15. Mai 1919 beschloßen die drei ruthenischen Nationalräte von Eperjes, Ungvar und Hußt, die bis dahin eine verschiedenartige Haltung eingenommen hatten, mit Mehrheit den Anschluß des Landes an die Tschechoslowakei. Darum ist auch dem sogen. Karpathenrußland in der Verfassung ein besonderer Platz eingeräumt. Freilich ist diese Verfassungsbestimmung noch immer nicht in Kraft gesetzt;
- d) ein tschechisch=slowakisches. Es wird durch das Abkommen von Pittsburg (auch Pittsburger Vertrag genannt) vom 30. Mai 1918 gekennzeichnet, nach welchem der Staat nach dem Vorbild des alten Osterreich-Ungarn ein Doppelstaat der Tschechen und Slowaken werden sollte. Die Zwanzig-Jahr-Feier des Pittsburger Vertrages hat diese Frage wieder ins Rollen gebracht;
- e) endlich das deutsch=tschechische Problem, das uns nun ausschließlich beschäftigen soll.

### Das deutsch=tschechische Problem

Es ist ein außen= und innerpolitisches. Als solches ist es gekennzeichnet durch die Lage des Staates, durch die Tatsache, daß er nahezu dreieinhalb Millionen Deutsche umfaßt, durch seinen Zweck und durch die bereits genannten Gebietsforderungen, die auf Kosten des deutschen Volkes gingen.

Bei der deutsch=tschechischen Frage schied das Selbstbestimmungsrecht vollkommen aus. Hier wurde nur auf das historische Recht gepocht und wurden strategische und wirtschaftliche Gründe geltend gemacht. Hier wurde insbesondere auf die Anschauung Palackys hingewiesen, wonach die Deutschen nur „Abkömmlinge von Kolonisten“ seien und daher nicht dieselben Rechte wie die Tschechen beanspruchen dürften. Diese Anschauung Palackys gründet sich auf zwei gefälschte Handschriften, die sogen.

„Königinhofer“ und die „Grüneberger Handschrift“. Beide stammen von einem gewissen Wenzel Hanka. Die erste wollte er im Jahre 1817 im Turm der Kirche zu Königinhof entdeckt haben; die zweite hatte ihm angeblich ein Entdecker zugesandt, der nicht genannt sein wollte. Beide Fälschungen stellten eine Art tschechisches Nibelungenlied dar und sollten dem tschechischen Volke eine große Vergangenheit vorzaubern und damit sein Selbstvertrauen wecken. Diesen Zweck haben sie auch erfüllt. Palacky baute auf ihnen seine „Geschichte Böhmens“ auf und verwies die Deutschen des Landes in die bescheidene Rolle von „Kolonisten“, mit anderen Worten hinterlassen. Unter Hinweis auf den slawischen Urzustand des Landes wurde in den Sechziger Jahren die Forderung nach dem „Böhmischen Staatsrecht“ erhoben, wonach die Länder der St. Wenzelskrone ein unteilbares Ganzes mit Vorherrschaft des tschechischen Volkes bilden sollten. Auf dieser Grundlage ist auch die Tschechoslowakei aufgebaut.

Vor Tische freilich las man es anders. In der Denkschrift III heißt es zwar auch, daß die Deutschen Böhmens „nur Kolonisten“ seien. Trotzdem aber sagte sie eine vollkommen gleichartige Behandlung des deutschen Volksteiles zu. Es heißt darin u. a.:

„Alle Ämter werden allen Staatsbürgern zugänglich sein; die Sprache der Minderheiten wird überall zugelassen sein; das Recht, ihre eigenen Schulen, ihre Richter und ihre Gerichtshöfe zu haben, wird niemals irgendeiner Minderheit bestritten werden. Um zusammenzufassen: die Deutschen würden in Böhmen dieselben Rechte haben wie die Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache würde die zweite Landessprache werden.“  
... Endlich: „Das Regime würde ähnlich sein jenem der Schweiz.“

Und in der Note des Dr. Benesch vom 20. Mai 1919 an die „Kommission für die neuen Staaten“ heißt es nochmals:

„Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der schweizerischen Republik zur Geltung gebracht sind, d. h., sie will aus der tschechoslowakischen Republik eine bestimmte Art Schweiz machen... Alle öffentlichen Berufe werden den einzelnen, die Republik bewohnenden Nationalitäten zugänglich sein... Die Gerichte werden gemischtsprachig sein... Die lokale Administration (Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke) wird in der Sprache der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden... In der Praxis wird die deutsche Sprache die zweite

Sprache des Landes sein... Es wird dies im ganzen ein sehr liberales Regime sein, welches sich erheblich dem schweizerischen annähern wird.“

Wir finden also hier ausdrücklich zweimal die Berufung auf die Schweiz. Was aber ist aus der „zweiten Schweiz“ in Wirklichkeit geworden? Ein „Nationalstaat der Tschechoslowaken“, oder genauer betrachtet: ein „Nationalstaat der Tschechen“. Die Tschechoslowakei will eine „Demokratie“ sein. Ja mehr als das: sie will sogar der Hort der europäischen Demokratie in Mitteleuropa sein. In Wirklichkeit aber beweist schon die Art und Weise des Zustandekommens der Verfassungsgesetze das Gegenteil. Denn alle diese Gesetze sind in einem nicht gewählten Parlament beschlossen worden, dem man die übrigen Völker des Staates fernhielt und an dessen Beratungen nicht einmal der zweite Teil der tschechoslowakischen Staatsnation, nämlich die Slowaken, teilnehmen durften. Nur einige Gesiebte wurden zugezogen. Štřelka z. B. war während dieser Zeit in der Strafanstalt Múrau untergebracht, damit er nicht die Forderungen der Slowaken, die sich aus dem Pittsburger Vertrag ergeben, geltend machen könne. Gemeindewahlen schrieb man schon im Juni 1919 aus; mit den Parlamentswahlen aber ließ man sich Zeit bis zum April 1920. Und unterdessen beschloß der Revolutionskonvent in Prag eine Verfassung ohne und gegen die Deutschen, ein Sprachengesetz, die Schulgesetze und die Bodenreformgesetze, die Hunderttausende von Hektaren im deutschen Siedlungsgebiet in tschechische Hände überführten. Während derselben Zeit begann der Hinauswurf der deutschen Beamten aus dem öffentlichen Dienst und die Vernichtung der deutschen Industrie und des Vermögens der deutschen Gemeinden und Geldanstalten. Das Endergebnis bestand darin, daß die Deutschen (und gleich ihnen auch die übrigen sogenannten Minderheitsvölker) nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Hörigen- und Bettlervolk wurden. Alle diese Maßnahmen, die auch noch zur Zeit eines gewählten Parlaments und der rein tschechischen Regierungen, schließlich sogar der tschechisch-deutschen Regierungen weitergeführt wurden, endeten damit, daß insgesamt rund 40 000 deutsche Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt und durch Tschechen ersetzt wurden, daß ebensoviele durch die Bodenreform ihre Stellungen einbüßten und daß rund 200 000 deutsche Menschen, die in der Privatindustrie beschäftigt waren, dauernd arbeitslos wurden.

## Das deutsch-tschechische Problem geschichtlich betrachtet

Das deutsch-tschechische Problem ist keine Frage von heute. Wir können sie vielmehr um ein volles Jahrtausend zurückverfolgen. Werfen wir einen Blick in den Kalender, so haben wir die ganze Geschichte vor uns. So ist z. B. der 5. Juli ein Staatsfeiertag. Er heißt Cyrill- und Methodtag. Ihm folgt der 6. Juli als Zus-Tag. Der 28. September ist der Wenzelstag und der 28. Oktober endlich der Staatsgründungstag. Diese vier Tage umfassen die ganze tschechische Geschichte.

Der Cyrill- und Methodtag erinnert an die Berufung der sogenannten Slawenapostel und das Großmährische Reich in der Mitte und in der zweiten Hälfte des neunten Jahrhunderts.

Der Wenzelstag führt uns den Kampf zwischen dem böhmischen Herzog Wenzel und seinem Bruder Boleslaus in der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts vor Augen. Wenzel war Christ und regierte in Anlehnung an das Herzogtum Baiern. Boleslaus vertrat die slawisch-heidnische Richtung und wollte Böhmen vom deutschen Einfluß freimachen. Seine Absichten waren ähnliche wie jene der Staatsgründer von 1918. Wenzel wird von seinem Bruder ermordet, und wir sehen Böhmen vom Jahre 935 bis 950 vom Reiche selbständig. Freilich nicht das ganze Böhmen. Denn außer den Przemysliden gab es im Lande noch ein zweites Fürstengeschlecht, die Slawnikinger. Dieses war mit dem sächsischen Königshause verschwägert und hielt zum Reiche. Das Egerland gehört damals überhaupt nicht zu Böhmen. Boleslaus scheiterte schließlich mit seinen Selbständigkeitsbestrebungen genau so wie ein Jahrhundert zuvor der mährische Slawenfürst Rastislaus, der die beiden Slawenapostel berufen hatte. Auch diese Berufung verfolgte den Zweck, dieses Fürstentum vom Reiche (damals dem Fränkischen) unabhängig zu machen und überdies das orthodoxe Christentum nach Mitteleuropa zu verpflanzen, damit sich die Slawen möglichst von den Deutschen unterscheiden. Wir sehen also, daß ähnliche Bestrebungen, wie jene, die 1918 zur Gründung des selbständigen tschechoslowakischen Staates und schließlich zum Pakt Prag—Moskau führten, auch schon früher vorhanden waren.

Vom Jahre 950 angefangen aber bildet Böhmen samt seinem Nebenlande Mähren und später auch Schlesien einen Gliedstaat des Reiches bis zu dessen Auflösung im Jahre 1806. Und auch dann gehört es noch bis 1866 dem Deutschen Bunde an. Seine Glanzzeit erlebt es unter dem Luxemburger Karl IV. Durch die „Gol-

dene Bulle“ wird ihm eine besondere Rolle im Reiche zugewiesen; ist es doch Sitz des römisch-deutschen Kaisers, der gleichzeitig König von Böhmen war. So ist Prag ein Jahrhundert hindurch Hauptstadt des Reiches. Hier entsteht im Jahre 1348 die Universität. Es ist die erste in deutschen Landen überhaupt. Hier befindet sich die Reichskanzlei. In ihr entsteht unsere deutsche Schriftsprache. Ihr erstes Erzeugnis ist „Der Ackermann aus Böhmen“ des Johannes von Saaz. Diese Stadt ist nicht nur durch ihren Hopfen, sondern auch durch dieses poetische Erzeugnis bekannt. In Prag sehen wir den Veitsdom und die Karlsbrücke entstehen. Es sind Bauwerke des Meisters Peter Parler aus Schwäbisch-Gmünd. Auch anderswo entstehen in diesem Zeitraum überall im Lande prächtige Bauten, wie Burg Karlstein. Über auch sonst wird unendlich viel getan. Böhmens Bodenschätze werden gefördert, und man kann mit Recht sagen, daß dieses Land einer der wertvollsten Bestandteile des alten Reiches wurde und sein Besitz Macht bedeutete.

Kurz zuvor sehen wir den westlichen Teil Böhmens, das Egerland, noch reichsunmittelbar. Die Stadt Eger samt ihrem Gebiete gelangte erst unter Ludwig dem Bayern durch Verpfändung an die Krone von Böhmen. Begreiflicherweise hat der Nachfolger dieses deutschen Königs, Karl IV., das Egerland nicht mehr hergegeben, sondern es bei Böhmen belassen. Die alte Staufstadt Eger zeigt noch heute die Überreste einer Kaiserpfalz aus der Zeit Friedrich des Rotbarts. Die Festung und das Rathaus erinnern an den Dreißigjährigen Krieg und an den Feldherrn Wallenstein. Im Museum der Stadt Eger aber sieht man den wunderbaren Altarbehang aus den Jahren 1300—1310 mit seinen Sakentkreuzen. Ich habe ihn in Folge 50, Jahrgang 1929 des „Illustrierten Beobachters“ beschrieben.

Die Bruchstelle liegt um 1400. Kurz zuvor tritt der Magister Johannes Hus auf. Er wirft nicht nur der päpstlichen Kirche, sondern auch dem Deutschtum den Fehdehandschuh hin. Als kirchlicher Reformator ist er keineswegs eigenständig. Er verfißt die Lehren des Engländers Wicliff. Sie wurden durch Hieronymus von Prag ins Land gebracht, der eine Zeitlang an der Universität Orford gewohnt hatte. Zwischen Böhmen und England bestanden damals sehr rege Beziehungen, wesentlich gefördert durch die Verwandtschaft zwischen den beiden Königshäusern.

Überdies dringen zur gleichen Zeit über den Böhmerwald Anschauungen der Waldenser ins Land. So wird Böhmen ein ausgesprochenes Ketzerland und bleibt es. In erster Reihe aber

sehen wir da bereits zu einer Zeit, als im deutschen Volke von einem Nationalismus noch lange keine Rede ist, das tschechische Volksbewußtsein in vollster Schärfe sich entfalten. Hus predigt ein ganz merkwürdiges Evangelium. Es ist jenes der Deutschfeindlichkeit; er wendet sich gegen die „Fremden“. Und die „Fremden“, das sind die Deutschen, die in den Städten an der Herrschaft sind, in der Reichskanzlei sitzen und an der Universität lehren. Die Prager Hobe Schule zählte zu dieser Zeit an die 10 000 Hörer. Vier Fünftel von ihnen waren Deutsche. Daß diese ihr Geld nach Prag brachten, war Hus und seinen Anhängern durchaus recht; daß sie aber auch deutsche Lehrer haben sollten, gefiel ihm nicht. Wir sehen hier die gleichen Erscheinungen wie in der Gegenwart. Und so ertönte denn der Schlachtruf: Hinaus mit den Fremden! Das bodenständige deutsche Element aber sollte zur Rolle von Hörigen herabgedrückt werden. Wie alle Universitäten dieses Zeitraums hatte auch die Prager ihre Studenten in Nationen eingeteilt. Das entsprach nicht unserer heutigen Auffassung vom Volkstum, sondern es handelte sich um Landschaften. Drei dieser Nationen setzten sich aus Fremden, d. h. Studenten zusammen, die von außerhalb des Landes gekommen waren. Hatte jede bisher eine Stimme gehabt, so wurden nun die drei dadurch benachteiligt, daß sie sich mit einer einzigen Stimme begnügen sollten, während die einheimische böhmische Nation deren drei erhielt. Diese Benachteiligung führte zum Auszug der meisten deutschen Studenten und Lehrer aus Prag. Sie gründeten im Jahre 1409 die Universität Leipzig. Die Prager Hobe Schule sank zur Provinzlehranstalt herab und brauchte Jahrhunderte, um ihre alte Bedeutung wieder zu erlangen. Das war das Endergebnis der deutschfeindlichen Tätigkeit des religiösen Reformators Johannes Hus.

Aber nicht genug daran: Seine Verurteilung durch das Konzil zu Konstanz führte zu der gewaltigsten Erhebung, die das tschechische Volk kennt. Es ist der Hussitenaufstand und der fünfzehnjährige Hussitenkrieg. Böhmen wurde zur Wüstenei; Mähren und selbst die Slowakei in Mitleidenschaft gezogen. Aber auch weit hinaus ins übrige Reich erstreckten sich die gefürchteten Raubzüge der Hussiten. Selbst vor Danzig standen sie und führten auf ihre Weise Krieg mit dem Reiche und mit dem deutschen Volke. Das nationale Gesicht Böhmens ändern sie von Grund auf. Während bis dahin die Deutschen im Lande völlige Gleichberechtigung genossen, ja durch besondere Privilegien sogar hervorgehoben waren, — waren sie doch die Städte-

gründer und Förderer des Reichtums im Lande — so sanken sie jetzt zu Hintersassen hinab. Die tschechische Sprache wurde die allein herrschende und ist es durch volle zwei Jahrhunderte geblieben. Und in den deutschen Städten gelangte durch die Hussiten das zum Teil herangeholte slawische Element zur Herrschaft. Wenngleich sich dieser Zustand nicht überall erhielt, so kennzeichnet er doch diesen Zeitraum. Böhmen, bisher ein tschechisch-deutsches Land, bekommt ein rein tschechisches Gesicht. Und behält es auch nach Beendigung der Hussitenkriege. Erst der Beginn des Dreißigjährigen Krieges führt eine Wandlung herbei. Die „Vernewerte Landesordnung“ erst setzt wieder die Gleichberechtigung der deutschen Sprache fest.

Der Dreißigjährige Krieg verwüstet neuerlich Böhmen. Um den Besitz dieses Landes geht es ja hauptsächlich und hier liegt der Hauptsitz des Empöretums, das freilich kein rein tschechisches ist. Denn unter denjenigen, die sich den Zentralisationsbestrebungen des Kaisers in Wien entgegenstellen, finden sich auch Deutsche, und Deutsche wurden am 21. 6. 1621 auf dem Altstädter Ring in Prag enthauptet. Ja, der erste, der das Blutgerüst bestieg, war der Deutsche Graf Schlick.

Von nun an spielt Böhmen in der europäischen Geschichte keine Rolle mehr. Es ist nicht mehr das Hauptland des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“, sondern nunmehr habsburgischer Besitz, der von Wien aus verwaltet wird. Drei Viertel seiner Bewohnerschaft vernichtete der Krieg; Tausende und Abertausende führender Persönlichkeiten deutscher wie tschechischer Volkszugehörigkeit hatten das Land verlassen müssen. Der Katholizismus triumphierte und das Ketzerland wurde abgeschlossen. Das wirkte sich naturgemäß innerhalb des tschechischen Volkes viel stärker aus als bei den Deutschen. Denn das kleine tschechische Volk hatte seine führende Schicht so ziemlich zur Gänze eingebüßt. Das Deutschtum Böhmens konnte den Verlust leichter verschmerzen, da es doch immerhin in, wenn auch stark eingeschränkten, Beziehungen zum übrigen deutschen Volke verblieb. Deshalb tritt uns auch ein gewisser Unterschied in der Betrachtung des Dreißigjährigen Krieges vor Augen. Wir Deutschen sehen in ihm keinen nationalen, sondern einen Glaubenskrieg. Dem Tschechen jedoch ist er ein nationales Verhängnis und von da an datiert sein Haß gegen Wien und die Habsburger.

Anderthalb Jahrhunderte brauchte es, bevor das tschechische Volk sich von den Folgen dieses Krieges erholte. Es war zu einem Volke höriger Bauern, Dienstleute und kleiner Gewerbe-

treibender geworden. Adel und geistige Schicht fehlten. Fast schien es, als ob selbst die tschechische Sprache dem Aussterben nahe sei. Und doch setzt nun wie ein Wunder die tschechische Wiedergeburt ein! Der deutsche Dichter Herder und deutsche Gelehrte leiten sie ein. Sie sind es, welche auf die Ursprünglichkeit der slawischen Völker hinweisen, die ihnen bessere, weil naturverbundene Menschen, sind. Sie schildern sie den Deutschen so, wie einst Tacitus dem verderbten Römertum die jugendfrischen Germanen schilderte. Die Absicht mochte gut sein, die Wirkung aber war jedenfalls unerwartet. Kaiser Josef II., den die Tschechen zu Unrecht einen Germanisator nennen, hat diesen Vorgang durch seine Maßnahmen wesentlich gefördert. Nicht nur, daß er das Schulwesen ausgestaltete, ordnete er überall die Pflege der zweiten Landessprache an. So wird das Tschechische, bisher eine Mundart kleiner Leute, der deutschen Sprache vollkommen gleichberechtigt. Deutsche Gutmütigkeit und Allerweltsduselei verhilft in weiterer Folge dem tschechischen Volke zu einem unglaublichen Aufstieg. Im Zusammenhang mit der deutschen romantischen Richtung entsteht jener böhmische Landespatriotismus, der eine einseitig deutsche Angelegenheit war. Denn bei den Tschechen verwandelte er sich sehr bald in tschechischen Nationalismus.

Die Vorkämpfer dieses Nationalismus aber führen nahezu alle deutsche Namen und sind auch deutscher Herkunft. So u. a. der Schöpfer der tschechischen Schriftsprache Josef Jungmann. Noch als Zwanzigjähriger besaß er eine derart geringe Kenntnis der tschechischen Sprache, daß er darob ausgelacht wurde. Der zweite ist Franz Martin Pelzel. Sein Vater stammte aus dem deutschböhmischen Dorfe Groß-Stiebnitz an der Glazer Grenze. Pelzel, der sich später Pelcl nannte, erhielt den ersten Lehrstuhl für tschechische Literatur und Sprache, der an der Prager Universität geschaffen wurde. Er begann im Oktober 1793 seine Vorlesungen in deutscher Sprache, weil er der tschechischen nie völlig mächtig war. Trotzdem war er ein glühender tschechischer Patriot und Vorkämpfer der tschechischen Sache.

Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Wir wollen nur noch zwei Persönlichkeiten hervorheben, weil insbesondere sie die Entfaltung des tschechischen Volksbewußtseins mächtig gefördert haben. Es sind das Friedrich Emanuel Tirsch und Franz Josef Johann Kieger. Jener ist einer der beiden Gründer des tschechischen Turn- und Wehrverbandes „Sokol“, was soviel wie Falke heißt. Auch der zweite Gründer, Josef Sagner, führt einen deutschen

Namen. Tirsch, der sich später Tyrsch nannte, ist rein deutscher Herkunft. Sein Vater war herrschaftlicher Amtsarzt in Tetschen an der Elbe und stammte aus Körbitz bei Komotau. Seine Mutter, eine geborene Kirschbaum, stammte aus Leitmeritz. Die Ahnentafel liegt lückenlos bis nahe in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges vor. Es sind durchwegs deutsche Orte, aus welchen die Vorfahren stammen, und sie führen auch durchwegs deutsche Namen.

Kieger, der seine nichtslawischen Vornamen später eigenmächtig in Ladislaus umwandelte, stammt aus rein deutscher Familie. Seine Vorfahren kamen im 16. Jahrhundert vom deutschen Rhein über Nürnberg nach Prag. 1773 kam der Müller Georg Kieger nach dem tschechischen Orte Semil in der Nähe von Reichenberg. Sein Sohn Wenzel heiratete eine Therese Wagentnecht. Das sind die Eltern des späteren Ladislaus Kieger, der rein deutsche Schulerziehung genossen hatte und in einem geradezu klassischen Deutsch die schärfsten Reden gegen das deutsche Volk hielt. Ein ganz besonderer Fall von deutschem Janitscharentum, der freilich nicht vereinzelt dasteht. Weder auf böhmischem Boden noch anderswo. Kieger ist auch der Hauptverfechter des „Böhmischen Staatsrechts“, auf das schon hingewiesen wurde. Eigentlich handelt es sich um eine Erfindung des böhmischen Hochadels, der auf seine alten ständischen Rechte pochte und dies schon zu Josefs II. Zeiten dadurch zum Ausdruck brachte, daß er in Gegenwart des Kaisers, dessen zentralisierende Absichten ihm un-gelegen kamen, absichtlich tschechisch sprach.

Nun aber, im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, wurde das Tschechischsprechen geradezu Mode. Hatten früher die Tschechen sich bemüht, deutsch zu reden, so trat jetzt der umgekehrte Vorgang bei den Deutschen ein. Man wollte plötzlich slawischer Herkunft sein, gab den Kindern tschechische Vornamen und unterstützte kräftig die tschechische These, daß Böhmen ein tschechisches Land sei. Daß man dadurch die Bestrebungen der Tschechen kräftig förderte, liegt auf der Hand. Hinzu tritt der Umstand, daß das Wort „Böhme“ eine doppelte Bedeutung hat. Einmal bezeichnete man damit den Bewohner Böhmens überhaupt, gleichgültig, ob es sich um einen Tschechen oder Deutschen handelte. Andererseits jedoch nannte sich der Tscheche so, wenn er deutsch sprach. Nennen wir das Land Böhmen nach den keltischen Bojern, die vor den Germanen im Lande saßen — Böhmen = Bojerheim (Bojohemun) = germ. Baihaim (Böheim) —, so nennen es die Tschechen in ihrer Sprache nach sich Cechy. Und sich selbst Cech (sprich Tscheck). Im Deutschen aber nennt der

Tscheche sich „Böhme“, so daß sehr leicht eine Verwechslung möglich und zumeist beabsichtigt ist. Es ist das genau so wie beim heutigen „Tschechoslowaken“. Auch dieses Wort hat eine Doppelbedeutung insofern, als es einmal den Staatsbewohner an sich ohne Rücksicht auf seine Volkszugehörigkeit, zum andern Male jedoch nur den Tschechen bzw. den Tschechen und Slowaken, bedeutet. So kann natürlich manches Täuschungsmanöver aufgeführt werden. Beispielsweise werden heute bedeutende Deutsche, die seit vielen Jahrzehnten tot sind, gerne als „Tschechoslowaken“ hingestellt, weil sie zufällig in Böhmen, Mähren oder Schlesien geboren sind. So Josef Kessel, der Erfinder der Schiffschraube (geboren zu Chrudim in Böhmen); Gregor Mendel (geboren zu Heinzendorf in Schlesien), Entdecker der Vererbungsgesetze, die die Grundlage der Rassenkunde bilden; Alois Senefelder, der Erfinder des Steindrucks (geboren zu Prag). Auch diese Reihe ließe sich fortsetzen. Eine ähnliche Erscheinung sehen wir in Ungarn, wo Deutsche madjarische Namen annehmen, um dadurch ihr Ungartum zu kennzeichnen, und in Nordamerika, wo sie in der angelsächsischen Bevölkerung aufgingen. Blicken wir weiter zurück, so sehen wir diesen Vorgang in ganz großem Maßstabe schon bei den Germanen. Die Franken und Normannen verwelshen in Frankreich und Sizilien, die Langobarden in Norditalien; die nordgermanischen Waräger werden in Rußland zu Slawen. Das legt die Vermutung nahe, daß auch in Böhmen und Mähren die Überreste des markomannischen und quadischen Adels sich slawisierten und die erste Führungsschicht jener slawischen Stämme stellten, aus denen schließlich die Tschechen hervorgegangen sind. Darauf läßt auch schon der Umstand schließen, daß sämtliche Flußnamen Böhmens und Mährens im Tschechischen genau der germanischen Bezeichnung nachgebildet sind, also offenkundig durch die Einwanderer übernommen wurden, und daß es reichlich 200 Jahre dauert, bevor die slawischen Einwohner sich geschichtlich bemerkbar machen und zu einer Staatsgründung gelangen. Denn erst um das Jahr 805 hört man von ihnen zum erstenmal, während sie doch sicherlich schon im 6. Jahrhundert gleichzeitig mit dem Vordringen der Awaren, deren Hörige sie einst waren, nach Böhmen gelangt sein müssen.

Eines ist sicher: Den Tschechen fehlt es an einer Frühgeschichte. Es ist weder eine solche noch eine Götter- und Heldensage vorhanden. Offenkundig ein empfindlicher Mangel, der uns deutlich zeigt, daß dieses Volk die Erde nicht mit Kriegsruhm erfüllte, sondern bescheidenerer Herkunft ist als die Germanenstämme. Der

kleine Mann sozusagen, der sich in die Geschichte einschleicht, nachdem er sich vorher vergewissert hat, daß keine Gefahr damit verbunden ist. So stelle ich mir die Besiedlung Böhmens durch die Tschechen vor. Die einzige tschechische Sage, die Libussa-Sage, läßt ihrem Inhalt nach auch darauf schließen, daß sie von Germanen (vermutlich Langobarden) übernommen wurde. Begreiflicherweise hat dieser Mangel im tschechischen Volk gewisse Minderwertigkeitsgefühle ausgelöst, die leicht seinen Untergang hätten herbeiführen können. Es hatte nichts, woran es sich nach der großen Niederlage in der Schlacht am Weißen Berge (1620) und nach dem Dreißigjährigen Kriege, dessen Ausgang die Herrschaft der Habsburger festigte und damit den Traum eines böhmischen Königreichs zerflattern ließ, wieder aufrichten konnte. Hier griff der schon genannte Wenzel Hanka ein. Er war damals Hörer der Rechte und wurde später Kustos am Landesmuseum. Wir Deutschen besaßen unser Nibelungenlied, das zur Erforschung der alten Zeit anregte und damit Urheber jener nationalen Richtung wurde, die unter dem Namen Romantik bekannt ist. Hanka fälschte nun im Jahre 1817 ein Schriftstück — es handelt sich um einige Bruchstücke, die angeblich aus dem 13. Jahrhundert stammten — und behauptete, diese Stücke im Turm der Kirche zu Königinhof entdeckt zu haben. Daher werden sie auch die „Königinhofer Handschrift“ genannt. In diesen Bruchstücken, es sind Teile epischer und lyrischer Dichtungen, wird das Leben am Hofe der sagenhaften Königin Libussa geschildert und diese Sagengestalt damit zu einer geschichtlichen Persönlichkeit gestempelt. Obzwar die politische Gestaltung des przemislydischen Böhmens unzweifelhaft der bairischen Grafschaftsverfassung nachgeahmt ist — wie ja diese auch das Vorbild für die ungarische Komitatsverfassung abgab —, erweckte Hanka durch seine Fälschung den Eindruck einer großen geschichtlichen Vergangenheit der Tschechen aus eigener Kraft. Es liegt auf der Hand, daß damit das Selbstvertrauen dieses Volkes, das zu einer Nation von kleinen Bauern, Dienstboten und Kleingewerbetreibenden herabgesunken war, gewaltig gehoben wurde. So fanden denn auch die Bestrebungen der schon genannten tschechischen Wissenschaftler eine kräftige Stütze. Dies um so mehr, als die Königinhofer Handschrift auch im gesamten deutschen Volke einen nachhaltigen Widerhall fand und große Deutsche wie Goethe und die Gebrüder Grimm über den Fund begeistert waren.

Der Erfolg veranlaßte Wenzel Hanka, eine zweite Handschrift zu fälschen. Sie war noch „älter“ als die erste, denn sie reichte

ins 9. Jahrhundert zurück. Angeblich war sie ihm durch einen Entdecker zugesandt worden, der unbekannt bleiben wollte. In Wirklichkeit lagen die Dinge wohl so, daß Hanka sich in der tschechischen Sprache des 9. Jahrhunderts nicht ganz sicher fühlte. Es kam denn auch bald dazu, daß der Altmeister der tschechischen Sprache, Josef Dobrowsky, der sich an der deutschen Wissenschaft geschult hatte und zu den wenigen tschechischen Gelehrten gehörte, die sich bemühten, objektiv zu bleiben, Verdacht schöpfte und die sogenannte Grüneberger Handschrift als ein „Machwerk noch lebender Poeten“ hinstellte. Das schadete jedoch nicht Hanka, sondern ihm. So sind eben die Tschechen! Das Ansehen Dobrowskys in seinem Volke war von nun an dahin; er starb verbittert und vergrämt. Der Fälscher Hanka aber wurde hoch gefeiert. Erst in den neunziger Jahren wurde der Streit um die Königinhofener Handschrift dahin entschieden, daß sie von den Gelehrten Masaryk, Gebauer und Goll (man beachte die deutschen Namen!) als Fälschung erklärt wurde. Die Entscheidung war jedoch nur eine vorläufige, denn im Jahre 1937 begann der Streit um die Frage ihrer Echtheit oder Unechtheit neuerlich. Die etwas anzüchige Grüneberger Handschrift hatte man schon früher still in der Versenkung verschwinden lassen.

Gerade aber auf dieser Handschriftenfälschung baut sich — wie schon erwähnt wurde — die ganze tschechische Geschichte auf. Sie ist also geschichtliche Fabel. Der Altmeister der tschechischen Geschichtschreibung, Franz Palacky, ein Protestant aus der Gegend von Neutitschein in Mähren, der mit einer Deutschen aus vermöglicher Prager Familie verheiratet war, war von der Echtheit der beiden Handschriften fest überzeugt. Sie kamen ihm gerade recht, als er seine „Geschichte von Böhmen“ schrieb, die anfänglich nur in deutscher Sprache erschien und 1867 abgeschlossen wurde. Sie reicht bis zum Jahre 1526. In die Habsburger Zeit wollte Palacky nicht mehr gehen.

Zwar gibt es eine neuere tschechische Historikerschule. Sie ist an die Namen Pekar und Goll geknüpft, hat sich jedoch im tschechischen Volke nicht durchzusetzen vermocht. Denn sie ist ihm zu nüchtern und vermag ihm nicht die große Vergangenheit herzuzaubern, wie es Palacky getan hat. Dieser war eben nicht nur Geschichtschreiber, sondern auch Politiker und im wahrsten Sinne des Wortes Vater und Führer seines Volkes. Schon im Jahre 1848 leitet er einen Slawenkongreß in Prag, an welchem außer den Tschechen auch noch Vertreter anderer slawischer Völker mit Ausnahme der Polen teilnehmen. Zur gleichen Zeit wendet er

sich gegen den alldeutschen Gedanken, der damals in der Frankfurter Nationalversammlung zum Ausdruck gelangte. Wie alle Tschechen wollte auch er nicht ein Zusammengehen Österreichs mit den übrigen Staaten des ehemaligen Römischen Reiches deutscher Nation und des nunmehrigen Deutschen Bundes. Österreich sollte vielmehr ein Hort der kleinen slawischen Völker sein. So schrieb er seinen berühmten Absagebrief an die Frankfurter Nationalversammlung, in welchem die Worte standen: „Wahrlich, bestünde der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst, sich beeilen, ihn zu schaffen.“ Die Verehrung, die Palacký in seinem Volke genoß, hinderte die Tschechen freilich nicht, diesen Staat recht gründlich zu zerschlagen. Gründlicher, als ihnen heute lieb sein kann. Aber man darf auch die angeführten Worte Palackýs nicht zu tragisch nehmen; denn im Jahre 1867 pilgerte derselbe Palacký nach Moskau und bekannte sich von nun an zu jener politischen Richtung, die seitdem tonangebend blieb und innerpolitisch auf dem böhmischen Staatsrecht und außenpolitisch auf der Verbrüderung mit Rußland beruhte. Ja, man kann sagen, daß gerade die Autorität Palackýs diese von seinem Schwiegersohn Kieger verfochtene politische Linie wesentlich stützte. Noch im Januar 1849 allerdings wollten sowohl Palacký wie auch Kieger Österreich in einen Bundesstaat seiner Völker umgestalten und waren u. a. mit einer Teilung Böhmens, Mährens und Schlesiens in einen deutschen und tschechischen Landesteil einverstanden. Das war der gerade Gegensatz zu der späteren These vom Böhmischem Staatsrecht. Darüber einige Worte.

### Böhmisches Staatsrecht und Panlawismus

Im Sturmjahre 1848 gärt es in Wien, Prag, Budapest, Agram und Mailand. Die Madjaren wollen einen Nationalstaat, obzwar das alte Ungarn eines Stefan des Heiligen und seiner Nachfolger nie einer gewesen war. Slowaken und Kroaten wollen los von Ungarn, die Siebenbürger Sachsen rufen österreichisches und russisches Militär ins Land. Die ungarischen Revolutionäre unter Ludwig Kossuth erklären Habsburg-Österreich den Krieg, um Ungarn in voller Selbständigkeit neu zu gestalten. Im August 1849 streckte das ungarische Revolutionsheer bei Vilagos die Waffen. Der Traum vom madjarischen Nationalstaat war vorläufig ausgeträumt; das Habsburgerreich trat in die Periode der Reaktion ein. Und die Tschechen stellten in großen Massen die

Zelfershelfer dieser Reaktion. Neben dem tschechischen Polizeipräsidenten von Wien, dem Grafen Sedlnitzky, waren es die zahlreichen tschechischen Polizeispitzel und kleinen Beamten, die von Prag bis Mailand Stützen der Habsburger Regierung bildeten. Die wenigsten von ihnen dürften von Palacky etwas gewußt und von seiner Anregung, Österreich in einen Bundesstaat der Völker zu verwandeln, eine Ahnung gehabt haben. Eine derartige Umgestaltung wäre auch gar nicht in ihrem Interesse gewesen, da ihnen das große Österreich weitaus mehr Betätigungsmöglichkeiten bot als das kleine Böhmisches Königreich. Böhmisches Köchin, böhmischer Kanzlist, böhmischer Schuster, Schneider und Musikant ergänzen einander gegenseitig und kennzeichnen das alte Österreich von Prag bis Wien und früher bis Mailand und Verona. Selbst in Fiume habe ich einen Schuster Carlo Pospisil angetroffen.

Aber nach dem verlorenen Krieg von 1866 wurde die Lage wesentlich anders. Nun setzen die Madjaren den Ausgleich mit Wien durch und erreichten ihr Königreich Ungarn mit einer sehr weitgehenden Selbständigkeit. Denn es hatte mit der zweiten Reichshälfte Österreich — die bescheiden bloß „Die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ hieß — außer der Person des Herrschers nur die Außenpolitik und mit gewissen Abstrichen, wie ungarische Landwehr (Honved), auch die Wehrmacht gemeinsam. Und der österreichisch-ungarische Außenminister wurde Jahrzehnte hindurch von Ungarn gestellt, wie sämtliche Finanzminister Österreichs gewöhnlich von den Polen. Kurz und gut: die alte Stefanskrone war in ihrem vollen Glanze wieder erstanden.

Kein Wunder, daß daher auch die Tschechen sich ihrer Wenzelskrone erinnerten und ihr altes Königreich Großböhmen wiederhaben wollten, das nach ihrer Meinung genau so ein tschechisches gewesen war, wie das ungarische nach der nun in Ungarn herrschenden Auffassung ein madjarisches. Und so ist denn das Böhmisches Staatsrecht eine Nachahmung des ungarischen. Unteilbar sollte das Land Böhmen im Innern sein wie auch seine Nebeländer Mähren und Schlesien, und mit diesen untrennbar verbunden. Und die Vorherrschaft der Tschechen sollte in ihm gewährleistet sein wie die Vorherrschaft der Madjaren in Ungarn. Den Deutschen Böhmens verblieben die kümmerlichen Rechte einer Minderheit, wie sie eben „Kolonisten und Emigranten“ gebühren. Die durch die beiden gefälschten Handschriften gestützte Auffassung Franz Palackys war Gemeingut des ganzen Volkes geworden, das sich am Glanze seiner Wenzelskrone berauschte und in seiner

Geschichte alle jene Zeiten hervorhob, in welchen die Vorfahren gegen den „unersättlichen Deutschen“ gestanden waren. Insbesondere waren es also zwei Epochen der Geschichte, nämlich einmal die Berufung der Slawenapostel und das Großmährische Reich, sowie der Hussitenaufstand und die Hussitenkriege. Beides bedeutet scharfe Gegnerschaft zum Deutschtum, das erste auch Abneigung gegen die Madjaren. Denn diese hatten ja das Großmährische Reich vernichtet.

Wir sehen also da bereits in den sechziger Jahren jene Auffassungen politisch zur Geltung kommen, die auch heute das gesamte tschechische Volk beherrschen: Feindschaft gegen Deutsche und Madjaren. Weil aber nun das tschechische Volk sich bewußt ist, allein nichts gegen das zehnmal so starke deutsche Volk auszurichten, so sieht es sich schon damals nach Bundesgenossen um. Diese sucht und findet es bei den außenpolitischen Gegnern Deutschlands, d. h. bei Frankreich und Rußland. Schon in den sechziger Jahren fährt Ladislaus Kieger nach Paris und wird von Kaiser Napoleon III. empfangen. Und während des deutsch-französischen Krieges leisten die Tschechen den Franzosen im Böhmischem Landtag Schützenhilfe, indem sie sich dort gegen die „Annektion Elsaß-Lothringens“ wenden. Zwar hatte der Landtag keine politischen und am allerwenigsten außenpolitische Aufgaben; aber die Tschechen hatten in ihm zusammen mit dem Feudaladel gerade die Mehrheit erreicht und benützten die günstige Gelegenheit. Von nun an liegt auf Jahre hinaus der Stützpunkt ihrer politischen Tätigkeit überhaupt im Böhmischem Landtag. Den Reichsrat in Wien meiden sie bis zum Jahre 1879 und betreten ihn erst, nachdem die zentralistischen Regierungen, die das deutsche liberale Großbürgertum stellte, durch slawisierende föderalistische ersetzt wurden. Dann bot ihnen auch der Wiener Reichsrat die geeignete Plattform für ihre Tätigkeit und wurde zum Ausbau ihrer Stellungen benutzt.

Parallel dazu läuft außenpolitisch auch die Anlehnung an Rußland, das „slawische Mütterchen“. Damit hängt die schon erwähnte Pilgerfahrt Palackys nach Moskau zusammen.

### Allslawische Bestrebungen

So ist denn die heutige Außenpolitik der Tschechoslowakei mit ihrer Anlehnung an Frankreich und Rußland keine Errungenschaft der Gegenwart, sondern eine Sache, die schon Jahrzehnte alt ist. Und wir sehen gerade die Tschechen als Hauptverfechter des all-

slawischen oder panslawistischen Gedankens. Oder, wie sie es ausdrücken, des Gedankens der „slawischen Solidarität“. Nicht nur Rußland, sondern auch Serbien umhengen sie zärtlich. Serbien ist ihnen der Bruder, Rußland das Mütterchen. Hauptverfechter dieser Richtung waren der schon genannte Politiker Dr. Karl Kramarsch, Führer der sog. Jungtschechischen Partei (im Gegensatz zu den „Altschechen“ unter Kieger entstanden), und Kłosatsch, der Gründer und Führer der „Nationalsozialen“, heute Tschechische Nationalsozialisten oder „Tschechoslowakische Sozialisten“ genannt. Kramarsch brachte die panslawistischen Anschauungen in ihrer ganzen Großzügigkeit und Deutschfeindlichkeit im Plane seines Allslawischen Reiches zum Ausdruck. Dieser konnte nicht verwirklicht werden, weil das Rußland des Zaren bereits im Jahre 1917 zusammengebrochen war. Masaryk und Benesch vermochten sich daher auch nicht auf dieses Rußland zu stützen, sondern mußten sich an die Westmächte halten. Sicherlich waren sie auch nicht Panslawisten im Sinne des slawischen Mystikers Kramarsch, weil Zarentum und Reaktion in ihren Augen unzertrennliche Begriffe waren. Beide hatten sich auch schon durch ihren Studiengang weitaus mehr mit den demokratischen Ideen des Westens vertraut gemacht, und beide besaßen in den Weststaaten ihre Freunde und Verbindungen. Masaryk insbesondere durch seine Heirat mit einer Amerikanerin in den angelsächsischen Staaten, und beim Judentum Nordamerikas durch sein Eintreten für den Juden Hilsner im Ritualmordprozeß von Polna bei Iglau am Ende der neunziger Jahre. Benesch hingegen hatte durch sein Studium in Frankreich auch dort Beziehungen angeknüpft, die ihm nun ungemein nützlich wurden. So ergänzten sich die beiden, die als die eigentlichen Staatsgründer anzusprechen sind. Freilich wäre es ungerecht, den in der Heimat verbliebenen Dr. Kramarsch nicht zu nennen, der von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden war.

Bruchstücke seines Planes finden sich auch in den Denkschriften der tschechischen Delegation für die Friedenskonferenz. Sogar der burgenländische Korridor zur Verbindung mit den Südslawen kommt in ihnen vor. So ersieht man, daß gewisse Anschauungen und Forderungen allen Tschechen gemeinsam sind. Und diese Gemeinsamkeit der Anschauung in der deutschen Frage ist es, die die Lösung so schwer, wenn nicht unmöglich macht. Denn von einer Anschauung weicht kein Tscheche ab, weil er sonst als „Volksverräter“ hingestellt würde: die Deutschen sind nur Kolonisten und das tschechische Volk hat

von der Geschichte die große Aufgabe zugeteilt erhalten, dem deutschen Ausdehnungsdrang einen Damm entgegenzusetzen. Nur dann, wenn die Tschechen sich in einer sehr bedrängten Lage befinden, wie es 1849 der Fall war, werden sie zugänglicher. Daher auch der Vorschlag Palackys am Beginn des genannten Jahres, aus Österreich einen Bundesstaat der Völker zu machen und Böhmen in ein Deutschböhmen und Tschechischböhmen zu teilen.

### Lösungsversuche

Damit haben wir bereits einen der Lösungsversuche aus der Zeit Altösterreichs, und zwar den bedeutsamsten, gestreift. Er geht von deutscher wie tschechischer Seite aus. Es war im August 1848, als der Deutschböhme Ludwig von Löbner die Teilung Österreichs in fünf Ländergruppen, und zwar Nationalstaaten, vorschlug. Einer von ihnen sollte Deutschösterreich, ein zweites Tschechischösterreich sein. Es ist ein Zurückgreifen auf diesen Vorschlag, wenn Palacký im Verfassungsausschuß des Reichstags zu Kremsier während der Verhandlungen über die Verfassung im Januar 1849 den Aufbau des gesamten Habsburger Staates — also Österreichs und Ungarns — auf acht völkisch abgegrenzten Ländergruppen vorschlug. Diese sollten sein:

1. Die deutschösterreichische;
2. die böhmische (tschechische);
3. die polnische;
4. die illyrische;
5. die italienische;
6. die südslawische;
7. die madjarische;
8. die wallachische (rumänische) Gruppe.

Zur ersten rechnete er: Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Deutschtirol, Vorarlberg, Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesien. Er erklärte ausdrücklich: „Ich bin keineswegs gegen die Trennung Deutschböhmens und Tschechiens.“

Nabezu fünfzig Jahre später spricht sich der Hochschullehrer Dr. Masaryk in seinem Aufsatz „Zur deutsch-böhmischen (soll heißen: tschechischen) Ausgleichsfrage“ im Hinblick auf die deutsch-tschechische Frage ähnlich aus. Dieser Aufsatz erschien am 5. April 1896 in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“. Masaryk schreibt darin:

1. „Wer im Ernste die Freiheit und soziale Gerechtigkeit will, der muß in concreto für die politische Autonomie arbeiten...“ (Deren Grundlage sieht er in der Zerlegung der Länder in Kreise von der Größe Österreich-Schlesiens. Böhmen sollte in zehn, Mähren in vier zerfallen.)
2. „Das Territorium der Kreise wie auch der Bezirke (kleinere Verwaltungseinheiten) sei womöglich sprachlich getrennt. Ich Herr, Du Herr, sage ich mit Havlicek.“ (Tschechischer Dichter.)
3. „Ich teile vollkommen den Wunsch Professor Hertners, daß die Zentralisation von Wien aus durch eine Zentralisation von Prag aus nicht ersetzt werden dürfte.“
4. „Die nötigsten Sprachenverordnungen mögen ungefähr folgende sein: in den böhmischen Ländern sind alle drei Landessprachen (die polnische in Schlesien) Amtssprache... Die Zentralbehörden sind utraquistisch... in den Ämtern erster Instanz werden einsprachige Beamte zugelassen.“

Zwölf Jahre später vertritt der heutige Staatspräsident Dr. Benesch ganz die gleichen Anschauungen. Es geschah dies in seinem Buche „Le problème autrichien et la question tchèque“ (Das österreichische Problem und die tschechische Frage).

In diesem Buche heißt es:

„In der Tat ist die Versöhnung der beiden Völker in Böhmen nur möglich, wenn beide völlig autonom sind. Sie müssen eines vom anderen getrennt werden.“

Wir sehen also hier von tschechischer Seite den Gedanken der vollkommenen nationalen Autonomie oder Selbstverwaltung mit aller wünschenswerten Klarheit und Deutlichkeit selbst ausgesprochen. Um so unbegreiflicher ist es, wenn ein Dr. Benesch heute von dieser weitgehenden Autonomie nichts wissen will. Auch der verstorbene Altpräsident Masaryk wollte von ihr als Staatsoberhaupt nichts mehr hören. Und doch ist dies die einzige Lösung. Sie würde aus der Tschechoslowakei jene zweite Schweiz machen, die sie nach den Versprechungen der Denkschrift III und der Note des Dr. Benesch vom 20. Mai 1919 hätte werden sollen. Selbstverständlich soll die Autonomie nicht auf den deutschen Volksteil beschränkt werden, sondern allen Völkern des Staates zugute kommen. Abstufungen sind natürlich je nach Stärke und Siedlungsdichte möglich und zulässig. Eine Volksgruppe wie die deutsche, die nahezu ein Viertel der Gesamt-

bevölkerung des Staates bildet, muß natürlich eine viel weitergehende Autonomie fordern können als eine schwächere.

Wenn wir die Autonomieforderung der Sudetendeutschen Partei betrachten, wie sie in den sieben bzw. acht Punkten festgelegt ist, die Konrad Henlein am 24. April 1938 in Karlsbad vertrat, so ist das nichts anderes als dasjenige, was ein Palacky, ein Masaryk und ein Benesch vertreten haben: Räumliche Trennung der beiden Völker und Möglichkeit ihres völligen Auslebens im Rahmen des Gesamtstaates. Selbstverständlich könnte dieser aber nicht Gegner des Deutschen Reiches sein, sondern müßte eine außenpolitische Linie einschlagen, die ihn zum Freunde des Reiches und des deutschen Volkes machte. Ausfallstor der Sowjets in Mitteleuropa könnte die Tschechoslowakei natürlich nicht bleiben. Ihre Innen- sowie Außenpolitik müßte also eine vollkommene Umkehr des Systems vom Ende 1918 werden. Das ist mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in den acht Punkten von Karlsbad ausgesprochen.

Darauf lief jedoch schon immer die Politik der Deutschen in der Tschechoslowakei hinaus. Schon im Abschiedsaufruf der sudetendeutschen Landesregierungen der Umsturzeit hieß es:

„Gegen unseren Willen sind wir Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat gezwungen worden. Aber feierlich verkünden wir es in dieser schweren Schicksalsstunde im Namen unseres ganzen Volkes:

Niemals wird unser Volk den Anspruch auf sein Selbstbestimmungsrecht aufgeben, niemals die Vergewaltigung als Rechtszustand anerkennen und niemals aufhören, den Kampf um seine nationale Freiheit mit allen geeigneten Mitteln zu führen... Unsere nächste Aufgabe ist es, dem deutschen Volke im Rahmen des Staates, in den es die imperialistische Macht der Weststaaten gezwungen hat, die volle, uneingeschränkte Selbstverwaltung seiner nationalen Angelegenheiten zu erringen, denn diese ist die Grundlage der Selbstbehauptung und ferneren kulturellen Entwicklung.“

Autonomie, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, bildete auch die politische Forderung aller deutschen Parteien vor der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins. Freilich waren einige in dieser Hinsicht sehr bescheiden und leicht zufriedenzustellen; aber doch hat keine einzige jemals den Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht aufgegeben, was ja auch Henlein in Karlsbad ausdrücklich feststellte. Ausgesprochene Vorkämpferin einer völligen Autonomie sowohl wie eines guten außen-

politischen Verhältnisses der Tschechoslowakei zum Reich war die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Ihre politischen Forderungen deckten sich vollkommen mit jenen, die nun in Karlsbad aufgestellt wurden. Daran ist sie auch unter anderen außenpolitischen Verhältnissen in Ehren untergegangen. Sie war reichs- und volkstreu im vollsten Sinne des Wortes. Schon im Jahre 1919 sprach sich die Partei sehr klar dagegen aus, die Forderung nach der Selbstverwaltung etwa dadurch zu verwässern, daß das Deutschtum mit einer kulturellen Autonomie abgefunden werden solle. Sie forderte immer gleichzeitig die territoriale, d. h. die Anerkennung des sudetendeutschen Heimatbodens mit allen daraus zu ziehenden Folgerungen. Niedergelegt wurden diese Forderungen im Jahre 1927 vom Verfasser in einem Programm, das an Deutlichkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrigläßt. Es wird darin nicht nur die Anerkennung des deutschen Siedlungsbodens gefordert, sondern auch die völlige Gleichberechtigung der deutschen Sprache im ganzen Lande und im Staate, die Verlegung der Hochschulen ins sudetendeutsche Gebiet und selbstverständlich der der Bevölkerungszahl entsprechende Anteil am behördlichen Apparat. Dieses Programm wurde nicht von ungefähr aufgestellt, sondern stand in Zusammenhang mit der Durchführung der Verwaltungsreform, durch welche die Anfangs 1920 verfassungsmäßig festgelegten, jedoch nicht eingerichteten Gaue beseitigt und die alten Länder wieder hergestellt wurden. In diesem Zusammenhang eben wurde auch sinngemäß die Forderung nach einem „deutschen Lande“ erhoben.

Selbst ein so gemäßigter Politiker, wie es der gewesene Minister Dr. Franz Spina war, konnte nicht umhin, die Forderung nach voller Autonomie zu erheben. Das geschah zwar schon im Dezember 1925, als er Vizepräsident des Abgeordnetenhauses war, also vor seiner Ministerschaft, aber trotzdem ist es nicht ohne Bedeutung, denn er hat auch als Minister seine staatsrechtliche Erklärung vom 18. Dezember 1925 nicht widerrufen. Sie beginnt mit dem Hinweis auf die erste abgegebene staatsrechtliche Erklärung vom 1. Juni 1920, die einen scharfen Protest gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes enthielt, und erklärt ausdrücklich, die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon niemals als Rechtsquelle anerkennen zu wollen. Sie wendet sich dann in voller Schärfe gegen das einseitig nationalistische Regierungssystem der Tschechoslowakei und klagt es an, absichtlich dem deutschen Volksteil

schweres Unrecht und unermesslichen Schaden zugefügt zu haben. Sie sieht in diesem Regierungssystem ein mit der Sicherheit und Wohlfahrt des Sudetendeutschums unvereinbarliches Prinzip und kündigt an, daß das gesamte Volk einen Kampf führen wird mit dem Ziele, daß „in allen staatlichen Einrichtungen der Tatsache Rechnung getragen wird, daß die Grenzen dieses Staates mehrere gleich zu wertende und gleichberechtigte Völker umfassen...“ Sie gipfelt in folgendem Satze: „Deshalb verlangen wir, daß auch der Aufbau des Staates und die Art, wie er regiert wird, sich nach den Bedürfnissen und Forderungen aller ihn bewohnenden Völker richtet.“ (Vollständiger Wortlaut in Jung: „Die Tschechen...“)

Es besteht also ein unmittelbarer und niemals unterbrochener Zusammenhang zwischen den gegenwärtigen Forderungen der Sudetendeutschen Volksgruppe und jenen der Vergangenheit. Volle neunzig Jahre können wir zurückblicken, und immer wieder die gleichen Forderungen auftauchen sehen. Daß sie sich im alten Österreich lediglich auf dem innerpolitischen Gebiete bewegten, lag in der Natur der Dinge, denn bis 1866 war der Habsburgische Kaiserstaat ein Bestandteil des Deutschen Bundes, und vom Jahre 1879 an stand er mit dem neuen Reiche im Bündnis. Daher brauchte außenpolitisch nichts gefordert zu werden. Einen zweiten Krieg von 1866 hätte die Monarchie nicht wagen dürfen, denn es hätten weder die Deutschen noch die Madjaren mitgetan und auch die Südslawen hatten kein Interesse an einem solchen. Mit den Tschechen allein hätte man ihn aber kaum führen können.

Eines ist klar: die Sudetendeutsche Volksgruppe muß, um überhaupt leben zu können, stets zwei Dinge fordern:

1. Völlige Sicherung ihres Eigenlebens auf dem Boden ihrer Heimat und
2. möglichsten Zusammenhang mit der großen Masse des deutschen Volkstums, die im Reiche lebt, da es ja nur eine deutsche Kultur und keine deutschen Sonderkulturen gibt. Viele Jahrhunderte haben das bewiesen und die Deutschen Altösterreichs insgesamt und die Sudetendeutschen im besonderen haben sich stets als ein Teil der großen deutschen Kulturgemeinschaft gefühlt.

Aber auch der Schicksalsgemeinschaft, denn ein Jahrtausend deutscher Geschichte läßt sich nicht weglöschen. Das deutsch-tschechische Problem ist eben immer auch ein außenpolitisches gewesen. In früheren Jahrhunderten allerdings mit einer gewissen Beschränkung, weil ja Böhmen dem Reiche angehörte.

Dasselbe gilt auch für die Tschechen. Nur in entgegengesetzter Weise. Sie hegen Furcht vor der Eindeutschung. Daher geht ihr ganzes Bestreben darauf hinaus, ihr Land möglichst vom Reiche loszulösen und in ihm das Deutschtum zu unterdrücken.

Auf diesem Gegensatz beruht seit einem Jahrtausend das deutsch-tschechische Problem. Regelmäßig, wenn das Reich schwach war, fühlten sich die Tschechen stark. Und daher suchten sie es möglichst zu schwächen. So in der Hussitenzeit, im Dreißigjährigen Kriege und während des Weltkrieges. Beschränkt man sich nicht bloß auf Böhmen und das Reich, sondern wirft man seinen Blick auf ganz Europa, so kann man sehr große und bedeutsame Zusammenhänge entdecken. Denn nicht nur gegenwärtig haben die Tschechen Bündnisse mit einer außerdeutschen Macht. Derartige Bündnisse tauchen vielmehr schon in früheren Jahrhunderten auf. So war vor nahezu 1100 Jahren die Berufung der Slawenapostel gleichzeitig mit der Absicht verknüpft, mit der östlichen Großmacht Byzanz ein Bündnis gegen das wegen seiner Nachbarschaft gefährliche Fränkische Reich einzugehen. Und schon im Mittelalter sehen wir Versuche einer Annäherung des Königs von Böhmen an den König von Frankreich. Das Auftreten des Johannes Hus aber erfolgt in einer nicht nur für das Reich, sondern für ganz Europa gefährlichen und entscheidenden Zeit. Denn kurz zuvor hatten die osmanischen Türken in der Schlacht auf dem Amselfeld das serbische Reich vernichtet und in der Schlacht von Nikopolis (1396) den Ungarnkönig mit seinem deutschen Hilfsheer geschlagen. Von nun an bedrohten sie unmittelbar das Herz Europas. Nur ein starkes Reich konnte ihnen Widerstand leisten. In diesem Augenblick aber schwächten die Tschechen das Reich durch den Hussitenaufstand und die Hussitenkriege. Man muß diese Dinge mit in Erwägung ziehen, wenn man das deutsch-tschechische Problem betrachtet und erörtert. Wir sehen da bereits vor Jahrhunderten Bündnisse, die uns an die Gegenwart erinnern. Mit anderen Worten: die Politik der Tschechen ist in ihren Grundlinien keineswegs erst seit 1918 festgelegt und auch nicht erst seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Sie reicht vielmehr in ihren grundsätzlichen Anschauungen in eine frühe Zeit zurück, und man kann mit Fug und Recht von der

deutsch-tschechischen Frage als von einem tausendjährigen Problem sprechen. Freilich war es während dieses Jahrtausends mancherlei Schwankungen unterworfen. Denn nicht immer stand Böhmen feindlich dem Reiche gegenüber. Manchmal war es auch Freundschaft, wiewohl wohl erwogene und durch die Umstände auch mehr oder weniger bedingte.

Betrachten wir die Gegenwart und vor allem die Auswirkungen der Wiedereingliederung Osterreichs in das Reich, so ist dank dem Führer und dem Nationalsozialismus das Reich wieder so stark geworden, wie es vor etwa einem Jahrtausend war. Wir zählen das Jahr 950 unserer Zeitrechnung. Der Reichsgründer war vor Jahren dahingegangen, und sein Sohn Otto, der spätere erste römische Kaiser, war ihm als deutscher König gefolgt. Zunächst von allen Stammesherzogen anerkannt, geriet er bald in Schwierigkeiten und brauchte Jahre, um sich durchzusetzen und die deutsche Königsmacht in vollem Umfange herzustellen. Das war eine für die Tschechen günstige Zeit, und wir sehen auch, sie diesen Umstand benützen. Im Volke gab es zwei Richtungen, gekennzeichnet durch die beiden herzoglichen Brüder Wenzel (der Heilige) und Boleslaus. Während Wenzel die christliche und deutschfreundliche Richtung vertritt und sich unmittelbar an Bayern anlehnt, verfißt Boleslaus die slawisch-heidnische und unabhängige Richtung. Er ermordet Wenzel, gelangt zur Herrschaft und vermag eineinhalb Jahrzehnte hindurch die Unabhängigkeit seiner Herrschaft zu behaupten. Um ganz Böhmen hat es sich damals allerdings nicht gehandelt, weil im Lande noch ein zweites Fürstentum vorhanden war. Im Jahre 950 aber sieht Boleslaus die weitere Unmöglichkeit seiner Politik ein und leistet dem deutschen König den Huldigungseid. Fünf Jahre später sehen wir ihn bereits in dessen Heere an der Lechfeldschlacht gegen die Ungarn teilnehmen. So hat gerade der slawischgesinnte Boleslaus die innige Verbindung Böhmens mit dem Reiche eingeleitet, die von da an Jahrhunderte hindurch besteht. Er tat es gewiß nicht aus Liebe zum deutschen Volke und zum Reiche, sondern aus wohlverstandenen Nutzen. Denn er bewahrte sein Tschechenvolk gerade durch diesen Schritt vor dem „Geschick der Elbslawen“, das die Tschechen so sehr beklagen. Es war ein Akt staatsmännischer Klugheit, und es würde daher Boleslaus ein Denkmal gebühren, wenn er nicht gerade mit dem Odium eines Brudermörders behaftet wäre. So sehen wir in Prag das Denkmal Wenzels des Heiligen, dem ja

auch ein Staatsfeiertag gewidmet ist. Folgerichtigerweise müßten die Tschechen auch in ihm denjenigen sehen, der inner- wie außenpolitisch eine deutschfreundliche Linie verfocht, und das auch zum wohlverstandenen Nutzen seines Volkes. Ob Wenzel, ob Boleslaus, beide waren der Anschauung, daß Böhmen nur in Anlehnung an das Reich erfolgreich bestehen könne, beide daher auch der Anschauung, daß die deutsch-tschechische Frage nicht einseitig vom Standpunkt der Tschechen aus gelöst werden könne, sondern zu ihrer Lösung gegenseitigen Einvernehmens bedürfe. Aber auch der Altpräsident Masaryk war einmal der gleichen Anschauung. Denn in seinem schon genannten und teilweise angeführten Aufsatz „Zur deutsch-böhmischen Ausgleichsfrage“ schreibt er folgendes: „Gewiß muß man den Begriff der staatlichen Selbständigkeit und Souveränität anders bestimmen als vor dem Jahre 1848. Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß sich ein selbständiger tschechischer Staat neben Deutschland erhalten könnte, wenn seine deutsche Bevölkerung längere Zeit hindurch sich unzufrieden fühlte.“

Aus diesen sehr klaren Anschauungen gilt es gegenwärtig, lediglich die Folgerungen zu ziehen.

---



23.2.38

# Schriften der Hochschule für Politik

## I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

1. Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse  
Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels
2. Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte  
Von Professor Dr. Willy Hoppe
3. Vergriffen
4. Amerika und der Nationalsozialismus  
Von Professor Dr. Friedrich Schönmann
5. Krisis und Neubau Europas  
Von Reichsleiter Alfred Rosenberg
6. Rassenpolitische Erziehung  
Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.
7. Dienst an der Rasse als Aufgabe der Staatspolitik  
Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gütt
8. Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus  
Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels
9. Nationalsozialismus und Völkerrecht  
Von Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmitt
10. Völkerrecht und Politik  
Von Professor Dr. Victor Bruns
11. Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip  
Von Bernhard Köhler, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.
12. Nationalsozialistisches und faschistisches Strafrecht  
Von Professor Dr. Georg Dahm
13. Wie sind im Recht! Deutschlands Kampf um Wehrfreiheit und Gleichberechtigung  
Von Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm
14. Der Einbruch des Judentums in die Philosophie  
Von Prof. Dr. Hans Alfred Grunsky
15. Die politische Aufgabe des Arbeitsdienstes  
Von Generalarbeitsführer Professor Dr. Will Decker
16. Soldatentum und Jugendertüchtigung  
Von Dr. Helmut Stellrecht, Beauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für Jugendertüchtigung
17. Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus  
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz
18. Der Rassengedanke im neuen Geschichtsbild  
Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.
19. Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung  
Von Professor Dr. Otto Koellreutter
20. Volk und Staat  
Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik
21. Die völkerrechtspolitische Lage Deutschlands  
Von Professor Dr. Fritz Berber, Leiter der Forschungsabteilung der Hochschule für Politik
22. Nationalpolitische Erziehung im Dritten Reich  
Von Ministerialrat Dr. Rudolf Benze
23. Verpflichtung und Aufgabe der Frau im nationalsozialistischen Staat  
Von Reichsfrauenführerin Gertrud Scholz-Klink
24. Das deutsche Kolonialproblem  
Von Major a. D. Paul Schnoekel, Hauptstellenleiter im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP. (Reichsleitung). Schulungsbeauftragter des Reichskolonialbundes
25. Das neue Beamtengesetz vom 26. 1. 1937  
Von Ministerialdirigent Hanns Seel
26. Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft  
Von Dr. Bruno Kiewewetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik

# Schriften der Hochschule für Politik

## I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

- |  |  |
|--|--|
| <p>27. Die Judenfrage in der modernen Welt<br/>Von Dr. Wilh. Ziegler, Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda</p> <p>28/29. Grundzüge einer Geschichte der ardeutschen Philosophie<br/>Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz</p> <p>30. Zeitgemäße Gedanken um Clausewitz<br/>Von Generalleutnant a. D. Horst von Mehsch</p> <p>31. Außenpolitische Wirkungen des Geburtenrückganges<br/>Von Dr. Karl C. von Loesch</p> | <p>32. Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich<br/>Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>33. Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplanes<br/>Von Dr. Bruno Kiesewetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>34. Volksdeutsche Zukunft<br/>Von Prof. Dr. Friedrich Burgdörfer, Direktor beim Statistischen Reichsamte</p> <p>35. Die historischen Grundlagen unserer Beziehungen zu Frankreich<br/>Von Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm</p> |
|--|--|

## II. Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches

- |  |   |
|--|---|
| <p>1. Die deutsche Ernährungswirtschaft<br/>Von Stabsamtsführer Dr. Hermann Reischle</p> <p>2. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt<br/>Von Amtsleiter Hermann Althaus</p> <p>3/4. Vergriffen</p> <p>5. Die Deutsche Arbeitsfront<br/>Von Claus Selzner, Leiter des Hauptorganisationsamtes der NSDAP. und der Deutschen Arbeitsfront</p> <p>6. Die Reichsrundfunkkammer<br/>Von Ministerialrat Horst Dreßler-Andres</p> <p>7. Die Reichsmusikkammer<br/>Von Präsidialrat Heinz Ihler</p> <p>8. Die Deutsche Rechtsfront<br/>Von Dr. Wilhelm Gaeb, Leiter der Auslandsabteilung der Akademie für Deutsches Recht</p> <p>9. Der Reichsluftschutzbund<br/>Von General der Artillerie a. D., Ehrenpräsident des RLB. Hugo Grimme</p> <p>10/11. Der Aufbau des Gesundheitswesens im Dritten Reich<br/>Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Sütt</p> <p>12. Der Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten<br/>Von Bundesführer Gauleiter Franz Schwede-Coburg</p> | <p>13. Die Auslands-Organisation der NSDAP.<br/>Von Legationssekretär Dr. Emil Ehrich, Persönlicher Referent des Leiters der Auslands-Organisation der NSDAP.</p> <p>14. Der deutsche Arbeitsdienst<br/>Von Generalarbeitsführer Professor Dr. Will Decker</p> <p>15. Nationalsozialistische Frauenschaft<br/>Bearbeitet von der Presse-Abteilung der Reichsfrauenführung</p> <p>16. Der BDM. in der Hitler-Jugend<br/>Von Reichsreferentin Trude Bürkner</p> <p>17. Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend<br/>Von Gertrud Zypries, Sachbearbeiterin für Presse und Propaganda in der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes</p> <p>18. Die Reichsstudentenführung<br/>Von Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel</p> <p>19. Das Deutsche Rote Kreuz<br/>Von Dr. Friedrich Wilhelm Brekenfeld, Oberstarzt und Hauptabteilungsleiter im Präsidium des DRK.</p> <p>20. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft<br/>Von Albert Piehsch, Leiter der Reichswirtschaftskammer</p> |
|--|---|